

Laibacher Zeitung.



Mr. 170. **Freitag, 29. Juli** **1870.**

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedw. 50 fr.

Mit 1. August

beginnt ein neues Abonnement auf die „**Laibacher Zeitung.**“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. August bis Ende September 1870:

Im Comptoir offen	1 fl. 84 fr.
Im Comptoir unter Couvert	2 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	2 " — "
Mit Post unter Schleifen	2 " 50 "

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung von Schönbrunn, den 13ten Juli d. J., dem k. und k. Ministerialsecretär im Reichsfinanzministerium Anton Ritter v. Niebauer in Anerkennung seiner bei verschiedenen Anlässen bethätigten verdienstlichen Leistungen das Ritterkreuz des Franz-Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Juli d. J. den Oberlandesgerichtspräsidenten in Innsbruck Johann Freiherrn v. Resti-Ferrari über seine Bitte in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und bei diesem Anlasse aus besonderer Gnade die taxfreie Uebertragung seines Namens, Freiherrnstandes und Wappens auf seinen Schwiegersohn, den Hauptmann Anton Julius Gotter zu bewilligen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Juli d. J. dem Wiener Stadtpost-Inspector, Postamtcontrolor Franz Haraschin in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Juli d. J. den Finanzrath der Finanzdirection in Czernowitz Jakob Sikora zum Finanzdirector daselbst mit dem Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes allergnädigst zu ernennen geruht.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Landesgesetzblatt für das Herzogthum Krain.
XV. Stück. Jahrgang 1870.

Inhalts-Übersicht:

22.
Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 7. Juli 1870, Z. 5170,
betreffend die Modalitäten, welche bei der Uebernahme der, der Landwehr zur Evidenzführung nach § 167 der Instruction zum Wehrgefeze überwiesenen Wehrpflichtigen in die Landwehr zu beobachten sind.

23.
Erlaß des k. k. Landespräsidenten für Krain vom 2. Juli 1870, Z. 5023,
betreffend die Normen für die Arzneiverordnungen der Ärzte, welche auf Rechnung des Staatsfiskales oder eines vom Staate verwalteten Fonds ordinieren.

Laibach, den 29. Juli 1870.
Vom k. k. Redactionsbureau des Landesgesetzblattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Circulardepesche des Grafen Beust.

Auf Grund der Beschlüsse, welche in dem unter Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers abgehaltenen Ministerathe über die Stellung Oesterreichs in dem Kriege zwischen Preußen und Frankreich gefaßt wurden, hat Se. Excellenz der Reichskanzler Graf Beust im allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers unter dem 20. l. M. nachstehende, in der „Wr. Btg.“ vom 27. d. M. im französischen Urtext veröffentlichte Depesche an die österreichisch-ungarischen Vertreter bei den auswärtigen Mächten gerichtet:

Wien, 20. Juli 1870.

Als die Frage der Candidatur des Prinzen von Hohenzollern für den Thron Spaniens in einer der Ruhe Europa's so bedrohlichen Weise auftauchte, war unser Hauptaugenmerk auf die Erhaltung des Friedens gerichtet.

Unsere Stimme ließ sich ebenso in Paris, wie in Berlin und in Madrid vernehmen, um daselbst im Geiste der Versöhnung zu wirken. Wir konnten nicht daran denken, uns zu Schiedsrichtern der so unverhofft erhobenen Differenzen aufzuwerfen, und es kam uns auch nicht zu, ein Urtheil über den Werth der beiderseits vorgebrachten Behauptungen auszusprechen. Wir mußten uns darauf beschränken, von der Aufrechterhaltung einer Candidatur abzurathen, gegen die sich schwere Bedenken erhoben. Ohne sich gegenseitig verständigt zu haben, befolgten die meisten Cabinete eine analoge Haltung und so hat sich die kais. und königl. Regierung jenen Bemühungen angeschlossen, welche von verschiedenen Seiten unternommen wurden, um eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen. Von dieser Aufgabe, der wir uns mit einem lebhaftem Eifer hingegen haben, ausschließlich in Anspruch genommen und zurückgehalten durch die Hoffnung, daß die Situation sich klären werde, haben wir bisher geögert, uns über die Haltung auszusprechen, die wir einzunehmen haben würden, falls der Krieg zwischen den beiden Mächten, die an dem so beklagenswerthen Conflict theilhaftig sind, unvermeidlich werden sollte.

Heute müssen wir jedoch zu unserem großen Bedauern zugestehen, daß unsere Bemühungen, sowie die der andern Mächte keine Aussicht auf Erfolg haben. Weit entfernt, sich zu mildern, hat der Conflict sich nur gesteigert, so daß die entfesselten Leidenschaften die Möglichkeit einer wirksamen Vermittelung nicht mehr vor- aussetzen lassen. Die Kriegserklärung Frankreichs ist in Berlin übergeben worden, und angesichts einer so entscheidenden Thatsache will ich nicht länger zögern, Sie über die Pflichten zu unterrichten, welche die Sorge für die Interessen und die Würde des Reiches zu wachen der k. und k. Regierung auferlegen.

Wenn es uns nicht möglich war, Europa und uns selbst die schmerzlichen Erschütterungen zu ersparen, welche die unvermeidliche Rückwirkung des Zusammenstoßes zweier mächtigen Nationen sind, so wünschen wir mindestens die Folgen derselben abzuschwächen. Um dieses Resultat zu erzielen, muß die k. und k. Regierung bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine passive Haltung beobachten, und die Neutralität erscheint ihr somit geboten. Diese Haltung aber schließt sicherlich nicht die Pflicht aus, für die Sicherheit der Monarchie zu wachen und ihre Interessen zu beschützen, indem man sich in die Lage versteht, sie vor jeglicher eventuellen Gefahr zu bewahren.

Wir sehen Länder, deren Neutralität durch internationale Verträge verbürgt ist, die aber nichtsdestoweniger beträchtliche Opfer nicht scheuen, um sich in Stand zu setzen, auf alle Ereignisse vorbereitet zu sein und sich selbst zu beschützen. Solche Beispiele dürfen nicht unbeachtet bleiben, sie beweisen uns, wie allgemein die Ueberzeugung ist, daß es nicht hinreicht, neutral bleiben zu wollen, sondern daß man auch in der Lage sein müsse, nöthigenfalls seiner Unabhängigkeit Achtung verschaffen zu können. In der That, in so kritischen Augenblicken, wie die, in denen wir uns befinden, kann die Schwäche ebenso wie die Leidenschaft Ursache der Gefahr für die Länder wie für die Regierungen werden. Das sind zwei Klippen, die eine Nation zu vermeiden trachten muß, um nicht aus der Bahn geworfen zu werden, welche ihr die eigenen Interessen vorzeichnen. Das österreichisch-ungarische Kaiserreich muß jeder Preßion, wie jedem unbedachten Gefühle widerstehen, wenn es Herr seiner Geschicke bleiben und nicht der Spielball der Ereignisse werden will.

Der innigste Wunsch der k. und k. Regierung ist es, die Monarchie von den Wechselfällen fernzuhalten, denen ein großer Theil Europa's ausgesetzt sein dürfte. Wir werden nicht aufhören, die Augen auf diesen Zweck gerichtet zu halten, und alle Maßregeln, die wir ergreifen werden, werden uns lediglich durch den Wunsch dictirt sein, zugleich die Ruhe und die Interessen der Völker des Kaiserreiches sicher zu stellen.

Wollen Sie sich in diesem Sinne aussprechen, so oft Sie nur Gelegenheit haben, sich bezüglich unserer Absichten zu erklären, und empfangen Sie die Versicherung u. f. w.

Beust.

Politische Uebersicht.

Laibach, 28. Juli.

Die „Tagespresse“ schreibt heute am Schlusse eines längeren Artikels über die beginnende parlamentarische Action: „Wer die Ausbreitung des preußischen Sol-

datenstaates wünscht, wer den Untergang Oesterreichs wünscht: dessen Wege sind nicht die unseren. Der Krieg wird, wie immer er auch enden möge, die Unfreiheit der deutschen Nation befestigen für unabsehbare Zeiten. Und ein von Preußen beherrschtes Deutschland sollte magnetischen Einfluß üben auf uns, denen norddeutsches Wesen so fremd und unsympathisch ist? Das darf und wird nicht geschehen. Wir wollen nicht einer studentischen Schwärmerei wegen unsere staatliche Ehre opfern, wir wollen festhalten an dem theueren Vaterlande und es trotz alledem und alledem noch versuchen, ob die Völker Oesterreichs nicht zur Befinnung kommen, ob sie es nicht anstreben werden, einträchtig, frei und glücklich zu sein, wie sie es sein könnten. — Von diesem Geiste, so hoffen wir, werden die Landtage, Reichsrath und Delegationen geleitet sein!

Ueber die Situation äußert sich die heutige „Morgenpost“ in folgender ziemlich charakteristischen Weise: „In diesem Kriege wird um die europäische Diktatur gestritten, und wer auch Sieger bleibt, ob Kaiser Napoleon oder König Wilhelm, so wird er den anderen Staaten seine Gesetze zu dictiren suchen. Oesterreich hat sich nun sowohl gegen die Eventualität einer europäischen Conflagration während des Krieges, als auch gegen die Eventualität einer französischen oder preußischen Diktatur nach dem Kriege zu sichern. Die Neutralität kann unmöglich so verstanden werden, als ob Oesterreich sich mit gebundenen Händen seinen Feinden ausliefern solle. Nicht nur zum Kriege, sondern auch zur Actionsbereitschaft braucht man drei Dinge: Geld, Geld und wieder Geld. Die österreichische Regierung nimmt daher auch 12 Millionen Gulden in Anspruch, um die nothwendigen Ausgaben bis zum Zusammentritte der Delegationen zu decken. Es handelt sich, wie man uns versichert, weder um Aufstellungen von Armeecorps, noch um Einberufung von Verstärkungen. Man will aber die Armee doch wehrfähig machen, um im Augenblicke der Noth nicht ganz unvorbereitet zu sein.“

In einer Note der Schweiz, die der Bundesrath anlässlich des preussisch-französischen Krieges an die Mächte gerichtet, beruft sie sich auf den ihr durch die Verträge von 1815 zugesicherten Genuß fortwährender Neutralität und Unverletzbarkeit ihres Gebietes; auch erklärt sie die in Folge des Turiner Vertrages vom 27. März 1860 in den Besitz Frankreichs übergegangenen Bestandtheile Sardiniens als in der schweizerischen Neutralität begriffen. Der Bundesrath erklärt, daß die Schweiz ihre Neutralität und Integrität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und wahren werde. In Beziehung auf die oben erwähnten Gebietstheile Savoyens weist der Bundesrath darauf hin, daß der Schweiz das Recht zustehe, diese Gebietstheile zu besetzen und daß der Bundesrath von diesem Rechte jedenfalls Gebrauch machen wird, sofern ihm solches zur Sicherung der schweizerischen Neutralität und Integrität erforderlich erscheinen sollte.

Nach diesem scheint ein Conflict zwischen Frankreich und der Schweiz unvermeidlich zu sein. Unter diesen Umständen ist der Wortlaut der französischen Antwort von Interesse. Dieselbe lautet: „Herrn Kern, Ministerresident der Schweiz Sie haben mir im Namen des Bundesrathes kundgethan, daß er Angesichts der gegenwärtigen Lage fest entschlossen ist, mit allen in seiner Macht liegenden Mitteln die Neutralität der Schweiz zu schützen, und daß er diese Erklärung zur Kenntniß aller Cabinete Europa's zu bringen gedenkt. Wie Sie wissen, hat die Regierung des Kaisers jede Gelegenheit benützt, um zu bezeugen, welche Wichtigkeit sie der schweizerischen Neutralität beilege. Sie konnte daher die Entschlüsse, die Sie ihr kund zu thun beauftragt worden sind, nicht anders als günstig aufnehmen. Sie schätzt die Gefinnung, welche die Regierung der Eidgenossenschaft bewogen hat, die Initiative zu dieser Mittheilung zu ergreifen, und fest entschlossen, nicht von ihren internationalen Verpflichtungen abzuweichen, ist sie glücklich, auf die Wirksamkeit der vom Bundesrath ergriffenen Maßregeln zählen zu können, um von Seite aller Mächte die stricte Vollziehung der europäischen Stipulationen, unter deren Schutz die Schweiz steht, zu sichern. Paris, 17. Juli 1870.“

Von einer Neutralisirung der an die Schweiz grenzenden Gebiete von Savoyen ist in dieser Antwort keine Rede.

Die „Correspondance de Berlin“ bestätigt die von der „Times“ gebrachten Mittheilungen über die von Frankreich Preußen angebotene Defensiv- und Of-

fenfivallianz und fügt hinzu, der Vertragsentwurf, geschrieben von der Hand Benedetti's, befindet sich im auswärtigen Amte des Nordbundes. Schon vor dem Kriege im Jahre 1866 habe Frankreich Preußen eine Allianz angeboten, mit dem Versprechen, ebenfalls Oesterreich den Krieg zu erklären und es mit 300.000 Mann anzugreifen, wenn Preußen verschiedene Gebietsabtretungen am linken Rhein-Ufer zugesichert wolle. Im Interesse des Friedens habe das Berliner Cabinet sich darauf beschränkt, die französischen Anerbietungen zurückzuweisen, ohne davon weitere Kunde zu geben.

Heute scheine der Augenblick gekommen, um eine Politik zu demaskiren, welche sich durch sich selbst richtet. Die „Correspondance“ läßt darauf den Wortlaut des Vertragsentwurfes folgen. Derselbe enthält fünf Artikel.

Art. 1. Frankreich anerkennt die von Preußen durch den Krieg im Jahre 1866 gemachten Eroberungen so wie alle getroffenen oder noch zu treffenden Arrangements für die Herstellung des norddeutschen Bundes und verpflichtet sich, seine Stütze zur Conservirung dieses Werkes zu leihen.

Art. 2. Preußen verspricht Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern und zu diesem Zwecke in Verhandlungen mit dem Könige von Holland zu treten, um ihn zur Abtretung Luxemburgs mittelst einer angemessenen Compensation oder auf andere Weise zu bestimmen. Zur Erleichterung dieser Transaction wird Frankreich die allfälligen Geldkosten übernehmen.

Art. 3. Frankreich wird sich einer Union des Nordbundes mit den Südstaaten unter Ausschluß Oesterreichs nicht widersetzen. Diese Union könnte auf ein gemeinsames Parlament basiren, dabei jedoch die Souveränität der Genannten in angemessener Weise respectirt werden.

Art. 4. Falls Frankreich durch Umstände veranlaßt wäre, seine Truppen in Belgien einmarschiren zu lassen oder daselbe zu erobern, wird Preußen Frankreich mit Waffen zu Land und Wasser unterstützen gegen jede Macht, welche bei dieser Eventualität Frankreich den Krieg erklären würde.

Art. 5. Zur Sicherung der Ausführung der vorstehenden Bestimmungen schließen Frankreich und Preußen eine Defensiv- und Offensivallianz und garantiren sich gegenseitig ihr Gebiet.

Wolffs telegraphisches Bureau meldet aus Köln: Ungeachtet der von England ausgesprochenen Neutralität hinderte die englische Regierung nicht, daß Birminghamer Häuser Patronenlieferungen für Frankreich, Schiffe von Newcastle die Versorgung der französischen Flotte mit Kohlen übernahmen, und daß Pferde nach Frankreich geführt werden. Die Entrüstung über diese Art von Neutralität ist hier eine allgemeine.

Am 20. und 21. Abends gab es in Lyon mehrfache Demonstrationen. Bänder durchzogen die Stadt mit den Rufen: Vive la paix! Vive la république! Vive la Prusse! A bas Napoléon! Sie wurden von einem Individuum mit einer rothen Fahne angeführt, fangen das „Ca ira“ und die „Carmagnole“ und warfen mit Steinen auf die Fenster der Jesuitenanstalt. Das Publicum selbst intervenirte und brachte 29 Individuen auf den nächsten Polizeiposten. Die Anstifter dieser Kundgebungen wären nach dem „Constitutionnel“ Mitglieder der „Internationale“ gewesen; der „Salut public“ von Lyon „würde sich nicht wundern, zu erfahren, daß preußisches Geld dabei eine Rolle gespielt hätte.“

Der Gemeinderath von Paris hat in seiner Sitzung vom 22. d. M. 300.000 Francs für die Nationalsubscription votirt.

Die Schlagscheine, zu deren am 25. d. M. beginnender Herausgabe die italienische Regierung von den Kammern ermächtigt worden ist, werden folgendermaßen verzinst werden: Fünf Percent werden für Scheine von 3 bis 6 Monaten, 6 pEt. für 7 bis 9 Monate, 7 pEt. für 10 bis 12 Monate bewilligt.

Bum Kriege.

In einem Briefe der „N. Fr. Pr.“ wird die Vertheilung der preußisch-deutschen Streitkräfte geschildert, darnach sollen zur Vertheidigung der Nordküste 3 Armeen und zur Besetzung der Westgrenze am Rhein ebenfalls 3 Armeen aufgestellt werden. Dem Zahlenverhältnisse nach gruppiren sich die Streitkräfte folgendermaßen: An der unteren Oder unter dem Großherzog von Mecklenburg zur Deckung Berlins 2 Linien-Armee-corps und 5 Landwehr-Divisionen, zusammen 108.000 Mann. An der unteren Elbe unter Vogel v. Falkenstein 1 Linien-Armee-corps und 3 Landwehr-Divisionen, also 58.000 Mann, und an der oberen Ems unter Herwarth v. Bittenfeld ebenfalls 1 Armee-corps und 3 Landwehr-Divisionen, sonach 58.000 Mann. Am Rheine sollen stehen: nächst Köln unter Steinmetz 2 Armee-corps und 2 Landwehr-Divisionen, das sind 80.000 Mann; an der Mainmündung 6 Armee-corps unter dem Prinzen Friedrich Karl, somit 180.000 Mann, und endlich am Ober-Rhein der Kronprinz mit 2 preußischen Corps und den süddeutschen Truppen, zusammen 166.000 Mann.

Preussische Marineofficiere, die seit 10. Juli die französischen Rüstungen in Cherbourg, Brest und Toulon aufmerksam verfolgten, meldeten, wie „N. Fr. Pr.“ erfährt, übereinstimmend nach Berlin, daß Frankreich in diesem Feldzuge es nicht allein auf eine artilleristische Küstendemonstration in der Nord- und Ostsee abgesehen habe, sondern daß es in der Absicht des französischen Generalstabes liege, durch bedeutende Truppenlandungen an der Ems-, Weser- und Elbemündung, sowie an mehreren Punkten der Ostsee preussische Streitkräfte in Schach halten zu können. In erster Linie werden Emden und Lübeck als die Endpunkte eines Operations-Segmentbogens von Seite der französischen Flotte ins Auge gefaßt, um dadurch gleichzeitig Schleswig-Holstein gewissermaßen von dem preussischen Operationsterrain trennen zu können.

Von Hof aus, bairische Eisenbahnstation an der sächsischen Grenze, wird ein großes preussisches Corps bei Aschaffenburg, bairische Eisenbahnstation an der nord-westlichen Grenze gegen Frankfurt, concentrirt. Vor Ende der Woche wird kein größerer Zusammenstoß erwartet. Die Armirung Ulms ist vollendet. Die Officiersfrauen mußten die Festung verlassen.

Der Magistrat von Frankfurt verlangte hunderttausend Gulden zur Bestreitung der Kriegskosten. Die Stadtverordneten bewilligten zweihunderttausend Gulden. Sämmtliche ehemalige Frankfurter Officiere haben der Regierung ihre Dienste im Kampfe gegen Frankreich angeboten.

Vom Kriegsschauplatz.

Strategische Studien.

Von Lieutenant J. Lemesle.

II.

Wir haben in unserem ersten Artikel, unter der Annahme, daß die Preußen mit ihrer Hauptmacht oder einem bedeutenden Theile derselben am linken Rheinufer zwischen Saarlouis und Landau stehen, die Nothwendigkeit des französischen Angriffes in der Richtung Kaisers-

lautern-Mainz ausgesprochen. Gleichzeitig drückten wir die Wahrscheinlichkeit des Angriffes durch die sieben in jener Gegend verfügbaren — wenn die Zeitungsnachrichten wahr sind — Armee-corps aus.

Bei der Kriegführung gilt als Hauptaxiom: zum Schlagen sich versammeln, zum Marschiren sich theilen. Nichts ist gefährlicher, als dort eine Theilung, wo einzelne Theile von überlegenen feindlichen Kräften angegriffen werden können, bevor sie sich wieder vereinigt haben. Was geboten ist, wenn der Feind geschlagen worden, ebenso kann es verwerblich sein, wenn man's vorher ausführt.

Jene haben sehr Unrecht und kennen den Geist der französischen Kriegführung nicht, welche glauben, die Franzosen werden mit einem Angriffe in der Rheinpfalz einen gleichzeitigen Angriff auf Süddeutschland verbinden; sie werden ihn vielmehr mit der ganzen Wucht ihrer verfügbaren Kraft gegen den nächsten und gefährlichsten Gegner, das ist die preussische Armee in der Pfalz, richten. Gelingt der Angriff, dann wird Süddeutschland ohnehin nicht verschont bleiben, denn der nächste Stoß wird ihm gelten; mißlingt aber der Angriff, so müßte auch jener Theil der französischen Armee, welcher in Süddeutschland schon eingedrungen wäre, schleunigst wieder zurückkehren, um sich mit dem geschlagenen Theile zu verbinden und für die weiteren Unternehmungen vorzubereiten. Daß beim Angriffe in ersterer Richtung demonstrativ gegen Süddeutschland vorgegangen wird, ist wahrscheinlich, ja nothwendig, um die hier aufgestellten Truppen festzuhalten und ihre Unterstützung der Hauptarmee zu lähmen; diese demonstrativen Unternehmungen aber werden Süddeutschland nicht unterwerfen, was auch ihr Zweck nicht ist.

Preußen und Süddeutschland sind durch die natürliche Lage ihrer Länder zur Theilung gezwungen und schon aus Rücksicht für letzteres zur Aufstellung bedeutender Kräfte gegen den Oberrhein verpflichtet. Die natürliche Folge davon ist, daß eine größere Kraft für die Hauptentscheidung unthätig bleibt, wodurch die Wahrscheinlichkeit des eigenen Mißerfolges gesteigert wird.

Preußen kann die Schwäche seiner Defensivstellung hier nur durch die Offensive aufheben, wenn es bis zum Beginne der Operationen in seinen Rüstungen dem Gegner nachgekommen ist.

Ein offensiver Vorgang zwischen Rastatt-Basel ist ein militärisches Uebing, denn nicht nur liegt dieser Theil weitab von der kürzesten Operationsrichtung, sondern ist schon wegen des für die Offensive ungünstigen Terrains dazu ungeeignet. Es ist wie für die Defensiv, so auch für die Offensive die Richtung von Coblenz und Mainz gegen die Nordgrenze Frankreichs die stärkere.

Ein schneller Vormarsch in der Richtung Saargemünde-Rancy könnte eine Trennung der am Rhein stehenden Armee-corps von jenen an der Mosel herbeiführen, und es wäre nicht unmöglich, die hier stehenden Theile zu schlagen, bevor noch die Rheintruppen sich an sie angeschlossen haben. Hierzu müßte Süddeutschland bloßgestellt und alle verfügbare Macht von Rastatt bis Coblenz gegen die Mosel und Rancy dirigirt werden.

Gestern brachte ein Blatt als Curiosum die Nachricht, daß bei Thionville eine blutige Schlacht geschlagen worden sei. Wir wollen sehen, ob bei Thionville, welches weitab von der Richtung liegt, die wir zur Operation als die geeignetste angegeben haben, eine Schlacht überhaupt wahrscheinlich, ja nur möglich ist.

Thionville liegt an der Mosel, nahe der luxemburgischen Grenze, und es führen von dort folgende Straßen: eine auf dem linken Ufer nach Luxemburg, eine auf dem rechten Ufer nach Sierk und Trier und

Seuiffelton.

Der preussische Staatsschatz.

Hart auf der Scheide der beiden alten Städte Berlin und Köln, in letzterer gelegen, erhebt sich das wunderliche, mächtige Gebäude: das königliche Schloß. Jedes Jahrhundert, fast jeder Regent hat daran gebaut, seitdem die Kurfürsten die alterthümliche Wasserseite gegründet, um von hier aus den Trotz der übermüthigen Stadtbewohner zu brechen; immer weiter, wie das Reich, dessen Herrschaft es repräsentirt, dehnte es sich aus, die Höfe wurden erweitert, neue Seiten, neue Räumlichkeiten angebaut; endlich stand es groß und herrlich da. Der erste König versah es mit stolzem Triumphbogen und mit Inschriften; jeder spätere fügte hinzu, was nöthig schien; Friedrich der Große ritt die Wendeltreppe hinauf bis in die oberen Zimmer; die folgenden schmückten das Innere, Friedrich Wilhelm IV. setzte die stolze, gewaltige Kuppel auf, in der die Schloßcapelle sich befindet, König Wilhelm ließ auf den Zinnen des Schloßes die kolossalen Statuen, die Regententugenden darstellend, errichten, deren jede das Portrait eines der Mitglieder des Königshauses zeigt — nur schade, daß die Entfernung vom Beschauer so groß ist, daß man die Ähnlichkeit nicht mehr erkennt — und so thaten Alle das ihrige, den Königsbau zu fördern. Nur Einen vermiffen wir in dieser Reihe: den König Friedrich Wilhelm I., ihn, der auch das Land nicht durch Kriege vergrößert. Und

doch hat er das Größte dazu geliefert, ohne welches alle seine Nachfolger nichts hätten leisten können, ja, ohne welches wohl Preußen selbst nicht mehr existirte: er hat den spiritus familiaris ans Haus gebannt! Darum aber auch ist sein Werk nicht offen vor aller Augen, sondern es ruht in der Tiefe der Keller und unterirdischen Räume und sieht unscheinbar genug aus, nur Fässer und Tonnen sind es, die da wohlverschlossen und gut bewacht in ungestörter Ruhe liegen; mit einem Wort: der Staatsschatz ist es, der dort unten verborgen ist, der preussische Staatsschatz, zu dem Friedrich Wilhelm I. den Grund gelegt.

Man hat in den letzten Zeiten oft und viel darüber gestritten, ob es überhaupt heilsam sei, einen Staatsschatz zu haben; die Nationalökonomien waren dagegen, weil es volkswirtschaftlich nicht zu billigen sei, daß so kolossale Summen unnütz, unproductiv in den Kellern des Schloßes verborgen liegen; weil diese Summen, benutzt, dem Nothstande ganzer Provinzen abhelfen, ja vorbeugen könnten, und zu Bauten, Chausseen und Eisenbahnerrichtungen, oder zum Unterrichtswesen verwendet, für alle Zeiten Großes wirken könnten, und weil sie endlich, richtig angelegt, oder wenn sie aus Mehreinnahmen stammen, dann an den Steuern nachgelassen, das ganze Volk vollständig oder beinahe vollständig in den Stand setzen würden, im Fall der Noth Opfer zu bringen, welche den Leistungen dieses Schatzes gleichkommen würden. Aber es darf der Regierung nicht die Möglichkeit entzogen werden, im Augenblicke der höchsten Gefahr selbständig und auf eigene Verantwort-

ung zu handeln. Und darum ist es gut, einen wohlgefüllten Staatsschatz zu haben. „Der letzte Thaler“ heißt eine Poffe von Dohm, die vor einigen Jahren in Berlin gegeben wurde; „der letzte Thaler“ hat aber in der Geschichte einen ganz anderen, viel ernsteren Klang; er hilft die Geschichte des Krieges, der Staaten entscheiden, er gibt den Sieg, er gibt die Kraft; wer ihn hat, besitzt das Mittel, doch endlich seine Sache durchzuführen. Das erkannten schon die Alten; die Athener brachten den Staatsschatz von ganz Griechenland von Delphi nach ihrer Stadt, um damit auch ganz Griechenland zu beherrschen; die römischen Kaiser, wie die alten ägyptischen Könige, legten sich einen Staatsschatz an, nur daß sie ihn nach dem Uralten, längst geübten und von Louis XIV. nur präcisirten Grundsatz: l'état c'est moi! am häufigsten für ihre eigenen Privat Zwecke verwendeten; das erkannte denn auch der Gründer des preussischen Staatsschatzes, Friedrich Wilhelm I., an.

Die Hohenzollern hatten schon früh die Wichtigkeit eines solchen eingesehen, aber sie waren in den Kriegen, die sie führen mußten, wie der große Kurfürst, oder bei den großen Kriegen, welche die Erhebung des Kurfürstenthums in ein Königreich erforderte, nicht dazu gekommen, Geld zurückzulegen. Da beschied sich Friedrich Wilhelm I. in weiser Erkenntniß der Lage der Welt und seiner eigenen Befähigung, nicht auf Neue durch Kriege das junge Reich vergrößern zu wollen, und es dadurch vielleicht zu gefährden, auch selbst nicht als Kriegsheld zu glänzen, sondern nur für die Zukunft zu sorgen. Daß dieser König sich nicht so sehr durch strahlende, blendende Herr-

eine nach Saarlouis. Wäre es auch möglich, in diesem Winkel mehrere Armee-corps zusammenzubringen, die eine siegreiche Schlacht schlagen, so hätte Preußen keinen solchen strategischen Erfolg, der die jedenfalls bedeutenden Verluste rechtfertigen könnte; um aber noch weiter in das Innere vorzubringen, müßte es eine zweite Schlacht schlagen, deren Mißerfolg die erste zu einer wahnsinnigen That stempeln würde. Schlachten werden nur auf strategisch wichtigen, d. h. auf solchen Punkten geschlagen, wo man nach einem glücklichen Ausgange größere Strecken des feindlichen Gebietes gewinnt. Wenn es hier zu irgend etwas kommt, so kann es nur von Nebentruppen, welche die Hauptoperationen decken, herbeigeführt werden, dann aber ist ein solcher Zusammenstoß keine Schlacht.

Diese Ansicht scheint der Geschichte und dem Vorgange in den früheren Feldzügen zu widersprechen; man bedenke jedoch, daß Luxemburg und Belgien gegenwärtig neutral sind, und man wird die Anschauung für begründet erkennen.

So haben wir die wahrscheinlichen Operationen am linken Rheinufer besprochen und übergehen nächstens zur Untersuchung des möglichen Angriffes auf Süddeutschland, wenn wir nicht früher unsere Aufmerksamkeit auf näher liegende Ereignisse richten, die jedenfalls eintreten werden.

Die geehrten Leser werden heute die telegraphische Nachrichten bereits erfahren haben, nach welcher bei Niederbronn eine preussische Reconnoissirungsabtheilung von den Franzosen zurückgeschlagen worden sein soll. Diese Nachricht hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, und wir können uns jetzt auf die Wiederholung solcher Nachrichten gefaßt machen, die natürlich immer mehr vor den wichtigeren in den Hintergrund treten werden.

Zur Orientirung wollen wir etwas beizutragen versuchen. Niederbronn liegt an der Eisenbahn von Hagenau nach Wittlich, von Hagenau etwa zwei Meilen entfernt. Diese Eisenbahn geht im Moseltale, welches die nördlichen Theile der Vogesen von den steilen Abhängen der südlichen Harzt trennt. Wie man aus der Karte sehen kann, ist Niederbronn nicht ganz an der Grenze, die hier von den Franzosen unbefestigt geblieben sein dürfte, weil ihre Aufstellung gegenüber jener der Preußen bedeutend im Nachtheile wäre, sie daher die weiter rückwärts gelegene und stärkere Linie der Mosel, ein Nebenflüßchen der Sorn, in die sie sich bei Bischweiler ergießt, und der Vogesenabhänge gewählt haben werden.

Diese Gegend war im Jahre 1793 ebenfalls der Tumultplaz kriegerischer Thaten, an denen die Oesterreicher unter Wurmser sich vorzüglich theilnahmen; sie erstürmten hier am 13. October die berühmte Weißenburgerlinie.

Tagesneuigkeiten.

Kosten des amerikanischen Krieges.

Ein Bericht des Finanz-Departements der Vereinigten Staaten, welcher dem Congreß in gegenwärtiger Session vorgelegt wurde und soeben in unsere Hände kam, enthält unter Anderem auch eine Berechnung der Kosten des großen Bürgerkrieges von 1861 bis 1865, aus welcher wir nachstehend einen möglichst vollständigen Auszug geben. 1. Am 7. März 1861 betrug die National-(Bundes-)schuld der Vereinigten Staaten 76,455,299 Dollars. 2. Während der Kriegsjahre (vom 1. April 1861 bis 1. April 1865) waren die Einnahmen des Bundes-Finanz-Departements folgende: Innere Einkünfte 314,337,317 Dollars, Zölle 280,861,618, aus Ländereien 1,812,083, directe Abgaben 4,668,259, aus verschiedenen sonstigen Quellen 74,120,413, Summe dieser Einnahmen 675,799,691

Dollars. 3. Die Bundeszinslasten vom 1. April bis 30sten Juni 1869, während welcher Zeit der größere Theil der Ausgaben direct noch in Folge des Krieges gemacht wurde, waren folgende: Innere Einkünfte 967,207,221 Dollars, Zölle 729,991,875, aus Ländereien 7,402,188, directe Abgaben 9,017,217, aus verschiedenen sonstigen Quellen 194,949,122. Summe dieser Einnahmen 1,908,567,625 Dollars. 4. Der Betrag der Bundesschuld, abzüglich des in Cassen befindlichen Barbestandes und Tilgungsfonds, war am 30. Juni 1869 2,489,002,480 Dollars. 5. Zieht man hievon den Betrag der National-(Bundes-)schulden zur Zeit des Ausbruchs des Krieges (wie es oben unter 1. zu 76,455,299 Dollars angegeben ist) ab, so bleiben als für Kriegszwecke ausgegebene und durch die obigen Einnahmen nicht bezahlte Summen 2,412,547,181 Doll. 6. Somit betrug die Gesamt-Ausgabe (an Anlehen und Einkünften) während 8 Jahren 3 Monaten für den Krieg und seine Folgen 4,996,914,498 Dollars. 7. Zieht man hievon den Betrag ab, welcher vor dem Kriege durchschnittlich von der Bundesregierung ausgegeben wurde, so macht dies für den angegebenen Zeitabschnitt bei einem Jahresbetrag von hundert Millionen 825,000,000 Dollars, und bleiben 4,171,914,498 Dollars als Betrag der Kosten des Krieges, soweit sie die Bundesregierungs-Casse bis 30. Juni 1869 getroffen haben. Hieher gehört ferner der Capitalwerth der Pensionen, welche noch durch die Bundesregierung in Folge des Krieges bezahlt werden müssen und der nach jetzigem Stand ungefähr zweihundert Millionen Dollars beträgt. Zu diesem Betrage, der gewiß groß genug ist, müssen noch einige Posten gerechnet werden, wenn man die ganze Summe erfahren will, womit dieser Krieg das Volk belastete. Diese Posten sind folgende: Zunahme der Schulden der einzelnen Staaten 123,000,000 Dollars; Zunahme der Grafschafts-, Städte- und Bezirksschulden in Folge des Krieges 200,000,000 Dollars; laufende Ausgaben der Staaten, Grafschaften, Städte und Bezirke, welche für den Krieg gemacht und nicht durch Anlehen geleistet wurden, 600,000,000 Dollars; Verlust der loyalen Staaten in Folge von Beschädigungen und Zerstörungen der Industrie, der Verringerung der amerikanischen Marine und des Handels 1,200,000,000 Dollars; directe Ausgaben und Verluste am Eigenthum in den conföderirten Staaten in Folge des Krieges 2,700,000,000 Dollars. Diese Beträge, die, wie wir glauben, mäßig und nicht übertrieben sind, machen zusammen in runder Summe neun tausend Millionen Dollars, und dies waren somit eigentlich die Kosten der Aufhebung der Sklaverei. Es ist dies dreimal so viel, als das Eigenthum an Sklaven je werth war; es ist eine Summe, welche zweimal so viel Zinsen kostet, als die jährliche Sklaverei-Production des Südens in ihrer besten Zeit je eintrug.

— (Audienz beim Grafen Taaffe.) Eine Deputation des Delegirten-Convents der Wiener Couleure hatte eine Audienz beim Minister Grafen Taaffe nachgesucht, um vielleicht auf diese Weise die Bewilligung zur Abhaltung einer Versammlung zu erwirken. Die Deputation, bestehend aus einem Vertreter der Burschenschaft „Arminia“ und einem Repräsentanten des Wiener Studentenclubs, trug dem Minister in der am 26. d. M. um 1 Uhr stattgehabten Audienz ihr Ansuchen vor und motivirte den Zweck der Versammlung damit, daß es die Pflicht eines jeden Oesterreichers sei, nach Kräften für die kämpfenden Deutschen einzustehen. Der Minister erwiderte, er würde mit Vergnügen die Bewilligung erteilen, wenn es nicht dem Neutralitäts-Princip widerspreche, welches die „Regierung bis zum Ende des schwebenden Conflictes aufrechterhalten zu können hoffe.“

— (Staatsnoten.) In der im Reichsfinanzministerium vor einigen Tagen abgehaltenen Besprechung über

die beschlossene Emission neuer Staatsnoten zu 5 fl. wurde den erschienenen Finanznotabilitäten das Muster einer solchen neuen Note vorgelegt, welches die Staatsdruckerei von bewährter Künstlerhand hat entwerfen lassen. Um einigen geäußerten technischen Bedenken gerecht zu werden, wird neben diesem durch seine Originalität und echt künstlerische Ausführung ausgezeichneten Entwurfe noch ein zweites Muster vorgelegt werden und sollen die neuen Noten zum Ausdruck der Parität mit deutschem und ungarischem Texte versehen sein, sobald die Erklärung der solidarisichen Haftung der beiden Reichstheile enthalten und endlich in ihrer Ausfertigung die erreichbar größte Sicherheit gegen Fälschungen, welche die Einziehung der im Umlauf befindlichen Noten zu 5 fl. und die Emission neuer dringend wünschenswerth erscheinen lassen, gewähren.

— (Transferirungen von Landwehrmännern.) Nach einem Rescripte des Reichskriegsministeriums vom 20. September v. J. erscheinen Transferirungen von Landwehrmännern zum stehenden Heere oder zur Kriegsmarine grundsätzlich nicht zulässig, weil es jedem Stellungs-pflichtigen unbenommen ist, vor dem Beginn der Stellungsperiode freiwillig in das stehende Heer oder in die Kriegsmarine einzutreten, sonst aber der Betreffende die Konsequenzen der Losreise zu tragen hat. Es schließt jedoch diese Bestimmung nicht aus, daß solche Transferirungen unter rücksichtswürdigen Umständen auf besonderes Ansuchen der Transferirungsbewerber über einvernehmlich erfolgende Bewilligung des Reichskriegsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung ausnahmsweise stattfinden.

— (Ein Verlich) wollte von einem großen Unglück auf der Franz-Josefsbahn wissen, ein Zug sei in die Donau gestürzt, 350 Menschen verunglückt u. s. w. Nach genauen Informationen ist dergleichen nicht vorgefallen; vielleicht entstanden die Gerüchte durch die Verunglückung eines Arbeiters, der von einem Schotterwagen überfahren ward.

— (Ein gräßlicher Raubmord) trug sich unlängst in Torda zu. Beim Vorübergehen vor einer geschlossenen Fleischbank hörte eine Frau im Innern derselben ein schweres Stöhnen und Röcheln. Auf die erfolgte Anzeige öffnete die Polizei die Fleischbank und fand in der Nebenkammer den Bankknecht J. Székely in seinem Blute schwimmend, mit zertrümmertem Schädel. Der Unglückliche wurde bereits halb entseelt ins Spital übertragen. Die sofort eingeleiteten Erhebungen ergaben, daß der Verwundete zum letzten Male um 9 Uhr mit zwei seiner Mitgesellen gesehen wurde. Der erste derselben stellte sich auch bald danach ein und gab an, daß er den Verwundeten und den dritten Gesellen kurz nach 9 Uhr allein gelassen und sich entfernt habe. Er sagte ferner aus, daß der Schwerverwundete um 9 Uhr das an diesem Morgen eingenommene Geld gezählt habe, welches 56 fl. betrug, daß darunter ein beinahe ganz zerissener Fünfer und zwei Einsernoten sich befanden, welche die gleichen Buchstaben und Seriennummern hatten, so daß noch darüber gestritten wurde, welche von diesen zwei Noten die falsche sei. Die erwähnte Summe fand sich jedoch beim Schwerverwundeten nicht vor, was die Vermuthung aufkommen ließ, daß der betreffende Thäter einen Raubmord begehen wollte. Auf Grund der obigen Aussagen wurde denn auch der dritte namhaft gemachte Fleischhauergeselle aufgesucht und verhaftet. Man fand die vom zweiten Fleischhauergesellen beschriebenen Banknoten wirklich in seinem Besitze. Zwei Tage später legte er auch ein vollständiges Geständniß ab und sieht er nun seiner verdienten Strafe entgegen.

— (Ueber das Verhältniß des Zündnadelgewehres zum Chassepot) wird folgendes Urtheil eines Fachmannes citirt: Die Zündkammer, d. h. der Raum, in welchen die Patronen hineingeschoben werden, läßt sich beim Zündnadelgewehr ganz leicht, mitten im Gefechte durch

schiergröße, als durch bürgerliche Tugenden, durch strenge Redlichkeit, Sittlichkeit und Sparsamkeit auszeichnete, war des Landes Glück; durch seine ökonomischen Talente konnte er einen Schatz sammeln und ein Heer aufstellen, das im Vereine mit ersterem seinem großen Sohne die Möglichkeit bot, mit den mächtigsten Reichen seiner Zeit zu rivalisiren und im Kampfe mit ihnen zu siegen.

Aus den Erträgen der Domänen, die unter ihm geregelt wurden, und aus den Staatseinkünften gelang es ihm, bei seinem Tode, nachdem er während seiner Regierung gegen 20 Millionen Thaler auf außerordentliche Ausgaben (auf den Ankauf neuer Kronländer, auf die Stiftung von Dotationen für jüngere Prinzen und den Erwerb von Silberbarren) verwendet, doch noch einen Schatz von mehr als 11 Millionen, eine für die damalige Zeit ganz kolossale Summe, zu hinterlassen. Einen solchen Reichtum und ein trefflich ausgerüstetes Heer von 80,000 Mann fand Friedrich II. bei seiner Thronbesteigung vor; hierdurch allein konnte er den andern Fürsten, deren keiner über gleiche Mittel zu gebieten hatte, ebenbürtig zur Seite und später gegenübertreten. Wie er diese Mittel benutzte, das war sein Genie; daß er sie benutzen konnte, seines Vaters großes Verdienst.

Der erste schlesische Krieg brach aus und griff den Schatz bedeutend an; doch betrug derselbe bis zum folgenden Kriege schon wieder über 6 Millionen Thaler. Auch diese wurden wieder stark in Anspruch genommen, selbst das überflüssige, reichlich vom Vater angeschaffte

und noch vorhandene Gold- und Silbergeschirr des Schlosses wanderte in die Münze; doch aber war noch ein Theil der Silberbarren übrig geblieben. Und nun begann eine Zeit rastloser, ökonomischer Thätigkeit des Königs, der den Werth eines gefüllten Schazes zu gut kennen gelernt, als daß er ihn nicht aufs Neue herzustellen und zu vergrößern hätte suchen sollen. Und er arbeitete an diesem Ziele doch mit so viel Energie, Weisheit und Glück, daß er, obwohl er Schulden abzuzahlen und die schlesischen Schulden mit allen rückständigen Zinsen übernommen hatte, doch noch große Summen zur Verbesserung des Landes, zur Unterstüßung der Industrie und zur Aufhilfe manches Nothstandes gewähren konnte, und bei alledem bei Ausbruch des siebenjährigen Krieges einen Schatz von gegen 17 Millionen Thalern vorrätig hatte. Aber schon die ersten beiden Kriegsjahre mit ihren ungeheuren Rüstungen leerten denselben vollständig, so daß vom Ende des Jahres 1757 bis 1762 keine Mittel für den Krieg mehr vorrätig waren. Und doch mußte derselbe weiter geführt werden; englische Subsidien, Gehaltsentbehrungen, Münzverschlechterungen, Contributionen u. dgl. mußten die Mittel dazu liefern. Und sie lieferten diese Mittel so reichlich, daß bei Beendigung des Krieges wieder ein Ueberschuß von etwa 19 Millionen vorhanden war, welche Friedrich sofort zur Gründung eines neuen Staatsschatzes bestimmte. Zwar war das Land verarmt und große Strecken lagen verwüstet; der König gab Unterstützungen in wahrhaft großartigem Umfange, auch aus seiner Privatschatulle, er baute zerstörte Dörfer und Städte wieder auf, unter-

stützte die Gewerthätigkeit auf alle Weise, hielt dabei doch seine Armee mit einer jährlichen Ausgabe von 11—13 Millionen in Achtung gebietendem Zustande, aber er hatte doch zu wohl die Wichtigkeit eines gefüllten Schazes erkannt, als daß er nicht mit aller Kraft für einen solchen hätte sorgen sollen. Er hielt dabei die schon früher eingerichtete Trennung in einen großen, im Berliner Schloß verwahrten Hauptschatz und in einen kleinen, zur Bestreitung augenblicklicher Mobilmachungskosten bestimmten aufrecht, welcher letztere in Berlin in der Generalkriegscasse, in Breslau und Magdeburg in kleineren Posten aufbewahrt wurde. Aber vor allem galt es, im Lande selbst wieder Vertrauen herzustellen; es mußte daher das schlechte, während des Krieges geprägte Geld wieder in gutes umgemünzt werden, was dem Schatz einen Verlust von nicht weniger als 60 Procent des umzuprägenden Geldes bereitete. Der kleine bairische Erbfolgekrieg nahm auch den kleinen Schatz etwas in Anspruch, aber nicht viel, auch wurden die Kosten desselben schnell wieder ergänzt. Und nun sorgte Friedrich II. so unablässig für Herstellung eines großen Tresors, daß derselbe bei seinem Tode etwas über 55 Millionen Thaler betrug. Man sieht, was der 1440 zur Regierung gekommene Kurfürst Friedrich II. als seinen Wahlspruch hingestellt: „Es will uns nicht geziemen, daß wir anderen Reichthum suchen, als Ehre, Macht, Land und Leute,“ das hat der 1740 auf demselben Throne folgende König Friedrich II. in vollstem Maße erfüllt, da er erkannt, welche Macht im Gelde liegt, das er wahrlich nicht aus Geiz so angehäuft. (Schluß folgt.)

Aufruf!

Der österreichische patriotische Hilfsverein in Wien hat aus Anlaß des unheilvollen, im Westen Europa's herankommenden Krieges nach den Grundsätzen strengster Neutralität einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, um den Verwundeten und Hilfebedürftigen beider streitenden Theile mit Geld und Effecten Beistand zu leisten. Er hat hiebei die dankbare Erinnerung wachgerufen an die reiche Hilfeleistung, welche in Zeiten schwerer Kriegsbedrängniß den österreichischen Verwundeten von Seite deutscher und französischer Vereine und einzelner Menschenfreunde des Auslandes zu Theil wurde.

Bewohner von Krain! Von denselben Grundsätzen der Humanität geleitet und zu demselben Zwecke wendet sich der gefertigte Laibacher Frauenverein an Euch und bittet, Gaben an Geld und Effecten mit oder ohne specieller Widmung an die Redaction dieses Blattes oder an den Vereinssecretär Rudolf Endlicher (Neuer Markt Haus-Nr. 219, 1. Stock) gelangen zu lassen. Sie werden von dort im Wege des patriotischen Hilfsvereins in Wien ihrer Bestimmung zugeführt werden.

Vom Ausschusse des Frauenvereins für verwundete und kranke Krieger.

Laibach, am 28. Juli 1870.

Wilhelmine Baronin Conrad v. Eybesfeld m. p., Vorsteherin.

Rudolf Endlicher m. p., Secretär.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Berlin, 28. Juli. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß Bismarcks an den Norddeutschen Bundes-Gesandten in London, worin die „Times“-Angaben betreffs Anerbietungen Frankreichs bestätigt werden.

Berlin, 28. Juli. Drei Compagnien Franzosen wurden bei Forbach (nächst Saarbrück) von den Preußen zurückgeworfen.

Paris, 28. Juli. Der Kaiser und der kaiserliche Prinz reisten zur Armee ab.

Kopenhagen, 28. Juli. Mittags passirte das französische Geschwader Skagen.

Die ganze Welt erstaunt über das verzerrte Bild, das sich ihr darbietet, nachdem sich die beiden kriegführenden Gegner entlarvt. Es ist schwer zu entscheiden, wem es gelungen, perfider zu handeln, dem Cabinet an der Seine oder dem Manne an der Spree. Wir lassen hier noch einige der diesbezüglichen Enthüllungsdepeschen folgen und überlassen es unseren Lesern, sich ein Urtheil darüber zu bilden.

Das Wolff'sche Bureau meldet: Bereits am 24. Juli Vormittags ist dem englischen Botschafter die Mittheilung gemacht worden, daß der, von der ihm bekannten Handschrift Benedetti's geschriebene, jetzt veröffentlichte Vertragsentwurf jederzeit ihm behufs Einsicht zu Gebote stehe. Die amtliche Mittheilung Norddeutschlands an England bezüglich der Echtheit des französischen Anerbietens in dem jetzt publicirten Actenstücke und den übrigen von Frankreich in dieser Sache gethanen Schritte ist demnächst zu erwarten.

Von französischer Seite wird versichert, daß der von der „Times“ veröffentlichte angebliche französisch-preussische Vertragsentwurf, betreffend die Abtretung Belgiens an Frankreich, das Resume von Besprechungen ist, die nach dem Prager Frieden zwischen Bismarck und Benedetti stattgefunden haben. Es ist officiell, daß der Kaiser niemals einen solchen Plan gebilligt hat.

Der „Standard“ betrachtet den von der „Times“ veröffentlichten Vertrag als lächerliche Erfindung.

Das Pariser „Journal officiel“, indem es von dem durch die „Times“ veröffentlichten Vertrage spricht, sagt: Nach dem Prager Frieden fanden in Wirklichkeit in Berlin zwischen Bismarck und Benedetti mehrere Besprechungen bezüglich eines Allianzprojectes statt. Einige von den Ideen, die in dem in der „Times“ eingerückten Documente enthalten sind, wurden angeregt; die französische Regierung hat aber niemals von einem schriftlich formulirten Entwurfe Kenntniß gehabt. Was die Vorschläge betrifft, von welchen bei diesen Unterredungen gesprochen worden sein mochte, so hat der Kaiser Napoleon sie verworfen. Es wird niemandem entgehen, in welchem Interesse und zu welchem Zwecke man heute die öffentliche Meinung in England zu täuschen sucht.

Die „Frankf. Ztg.“ vom 27. d. M. erhält aus Brüssel telegraphisch folgende Mittheilung: Das in der „Times“ veröffentlichte Document hat in Frankreich und Belgien große Sensation erregt. Der „Constitutionnel“ anerkennt zwar die Existenz dieses Documentes, erklärt es aber als ein Werk Bismarcks.

Aus Pest, 27. Juli, wird dem „Wand.“ telegraphirt, daß es verlautet, daß Andrássy morgen in geheimer Sitzung des Unterhauses einen Credit verlangt für eventuelle Landesvertheidigungszwecke. In Abgeordnetenkreisen herrscht darüber Besorgniß. — Präsident Comissich fordert in den Journalen die Abgeordneten auf, die Hauptstadt nicht zu verlassen, da der König beschloffen hat, die Session zu schließen, die neue aber sogleich zu eröffnen, und weil das Haus zum Schlusse der Verhandlungen noch berufen sein wird, über dringende Angelegenheiten zu entscheiden.

Aus Landau wird berichtet, daß die Franzosen bei Weißenburg Schanzen bauen, weil sie die Offensiven der Preußen besorgen.

Paris, 28. Juli. Der Kaiser der Franzosen überträgt der Pariser Nationalgarde die Aufrechterhaltung der Ordnung in Paris und die Sorge für die Sicherheit der Kaiserin.

London, 27. Juli. (Pr.) Aus dem soeben veröffentlichten Blaubeuch geht hervor, daß Graf Beust das drohende Aufstreiten Gramont's sofort für bedauerndwerth erklärte, weil es Vermittlungen erschwere. Bismarck erkannte rechtzeitig, daß Frankreich einen Kriegsvorwand suche und machte gegen Lord Loftus kein Hehl, daß Deutschland erniedrigende Zumuthungen einstimmig zurückweisen werde.

London, 28. Juli. Im Oberhause theilte die Regierung mit, daß nach der Versicherung Lavalette's der von der „Times“ veröffentlichte Vertragsentwurf vom Grafen Bismarck herrühre.

Angekommene Fremde.

Am 27. Juli
Die Herren: Malle, Besitzer, von Fiume. — Hille, Kaufm., von Schönan. — Perz, Handelsmann, von Graz. — Gabriel, Bahnbeamte, von Wien. — Zwanitz, von Triest. — Dr. Jakopic, von Görz. — Prohaska, von Fiume. — Kizzi, Reichenb., von Smyrna. — Dr. Wretschko, Landeshauptinspector, von Graz. — Gröfel, Gutsbesitzerin, von Triest. — Elefant. Die Herren: Dr. Coen, von Triest. — Mosi, Ass., von Wien. — Prodnit, von Matschach. — Moser, von Wippach. — Rasche, Handelsm., von Landstraß. — Seiner, Handelsm., von Landstraß. — Braune, Apotheker, von Gottschee. — Benedict, von Novo. — Dr. Burdick, Professor, von Martinsberg. — Profop, von Görz. — Bugler, f. l. Oberlieutenant, von Görz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansiht des Himmels	Niederschlag in Linien
28. 7.	6 U. Mg.	324.86	+13.6	windstill	trübe	4.44
28. 7.	12 „ N.	324.88	+14.7	SW. schwach	ganz bew.	Regen
28. 7.	10 „ Ab.	324.79	+14.6	SW. f. schw.	ganz bew.	mit starken Güssen. Nachmittags wechselnde Bewölkung. Abends Wolkentreiben in SW. Das Tagesmittel der Wärme +14.3°, um 1.4° unter dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmahr.

eine einfache Handbewegung öffnen, so daß dieselbe bequem von den in ihr zurückgebliebenen kleinen Papierstückchen der Patronenhülsen gereinigt werden kann. Anders beim Chassepot. Hier kann der Raum, in den die Patronen gesteckt, nur durch Lösung mehrerer Schrauben blosgelegt werden. Da nun immer kleine Papierstückchen zurückbleiben, also das Innere schmutzig wird, beginnt nach abgegebenen vier, fünf Schüssen der Lauf sich bereits zu erhizen und verliert so das Gewehr nach und nach jede Sicherheit.

— (Als Beispiel, wie es in Preußen aussieht,) diene unter vielen anderen die Nachricht, daß von einem Comptoir in Berlin der Chef und seine fünf Comptoiristen nebst dem Cassenboten eingerückt sind. Nur der Lehrling ist geblieben.

Locales.

— (In den Entscheidungsgründen) zu dem gestern gebrachten Urtheil des Reichsgerichtes im Proceß der Stadt Laibach gegen den krainischen Landesauschuß wird auf die Gubernial-Verordnung vom 22sten Juni 1849 hingewiesen, durch welche die Laibacher Stadtgemeinde verpflichtet wurde, die Verpflegskosten für alle in die Laibacher Krankenanstalt aufgenommenen, nach Laibach zuständigen armen Kranken zu vergüten; diese Verfügung sei durch den Ministerialerlaß vom 19. Februar 1850 bestätigt worden. Da eine Regelung dieses Verhältnisses bisher im Gesetzgebungswege nicht erfolgt sei, so müsse diese Verpflichtung noch gegenwärtig zu Recht bestehend erkannt werden. Allein man könne sich der Anschauung nicht verschließen, daß dieses Verhältniß der Billigkeit nicht entspreche, aber das sind rationes de lege ferenda und können auf die Entscheidung des vorliegenden Falles keinen Einfluß üben.

— (Die Laibacher Gewerbebank) fordert von den Actionären dieses Institutes die neuerliche Einzahlung von 10 Percent des Anlagecapitals während der Zeit vom 20.—31. August d. J. und die weitere Einzahlung von noch 10 Percent während der Zeit vom 20.—30. September d. J.

— (Die Sommerliedertafel der philh. Gesellschaft), alljährlich eine der hervorragendsten Unterhaltungen der Sommersaison, wird morgen Abend im Bahnhofgarten abgehalten werden; falls die ungünstige Witterung morgen noch andauert, wird die Liedertafel auf Montag übertragen.

— (Besetzung von Stiftingsplätzen.) In dem vom Wiener Bürger Herrn A. M. Pollak Ritter von Rudin in der Mayerhofgasse des vierten Bezirkes Wieden erbauten Stiftingshause „Rudolfinum“ sind für das Studienjahr 1870/71 an in den österreichisch-ungarischen Provinzen gebürtige unbemittelte Studirende ohne Unterschied der Confession, wenn selbe an der Wiener technischen Hochschule als ordentliche Hörer ihre technischen Studien fortsetzen, sechzig Stiftingsplätze zu verleihen. In diesem Stiftingshause erhalten die Studirenden freie Unterkunft, Beheizung, Beleuchtung nebst anderen Beneficien, und es ist daselbst auch eine zweckentsprechende, reichhaltige Bibliothek, ein Saal für wissenschaftliche Vorträge, ein Museum und ein mit 15 Arbeitstischen gut eingerichtetes, chemisches Laboratorium zur Benützung vorhanden. Bewerber solcher Stiftingsplätze, welche bereits am Wiener Polytechnikum studirten, haben ihre letzten Studienzeugnisse, jene, welche noch nicht in diesem Institute eingeschrieben sind, haben ihre mit den Studienzeugnissen aus dem letzten Jahrgange der Oberrealschule oder des Obergymnasiums, respective mit dem Maturitätsprüfungszeugnisse belegten Gesuche bis längstens 25. September d. J. bei der Administration dieses Institutes einzureichen. Alle näheren Daten über die Aufnahmebedingungen sind aus dem Programme zu ersehen, welches bei der Hausinspektion zu haben ist.

— (Agio-Zuschlag der Südbahn.) Vom 1. August d. J. an wird auf den Linien der k. k. pr. Südbahn-Gesellschaft der Agio-Zuschlag zu den in Banknoten einzuhebenden Bahngebühren mit 27 1/2 Percent eingehoben.

Börsenbericht.

Wien, 27. Juli. Die Börse eröffnete zu besseren Cursen, welche sich im Verlaufe etwas abschwächten. Mittags wiederholte sich daselbe Schauspiel. Die Curse der Speculationspapiere hoben sich (Anglo auf 166, Credit auf 208), um später wieder zu ermatten. Rente hielt den gestrigen Curs, auch Industriepapiere und Eisenbahnactien notirten bei wenig bedeutendem Umsatz annähernd wie gestern. Die Devisen London war mit 131.50 reichlich zu haben. Napoleons waren Gegenstand lebhaften, von starken Curseschwankungen begleiteten Conflissenhandels. Sie notirten 10 fl. 98 kr. bis 10 fl. 87 fr.

A. Allgemeine Staatsschuld.		C. Actien von Bankinstituten.	
Für 100 fl.		Geld	Baare
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		Anglo-östr. Bank abgeseh.	164.— 164.50
in Noten verzinsl. Mai-November		Anglo-ungar. Bank	58.— 60.—
" Silber " Februar-August		Bankverein	139.— 140.—
" " " " " " " "		Boden-Creditanstalt	207.— 208.—
" " " " " " " "		Creditanstalt f. Handel u. Gew.	60.— 61.—
" " " " " " " "		Creditanstalt, allgem. ungar.	712.— 720.—
" " " " " " " "		Escompte-Gesellschaft, n. ö.	71.— 72.—
" " " " " " " "		Franco-östr. Bank	Generalbank
" " " " " " " "		1854 (4 %) zu 250 fl.	74.— 75.—
" " " " " " " "		1860 zu 500 fl.	86.— 86.50
" " " " " " " "		1860 zu 100 fl.	96.— 97.—
" " " " " " " "		1864 zu 100 fl.	95.— 95.50
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. ö. W. in Silber		Niederländische Bank	75.— 80.—
" " " " " " " "		Bereinsbank	Wiener Bank
" " " " " " " "		113.— 115.—	
B. Grundentlastungs-Obligationen.		D. Actien von Transportunternehmungen.	
Für 100 fl.		Geld	Baare
Böhmen zu 5 pCt.		Alföld-Fiumaner Bahn	146.— 147.—
Galizien " 5 "		Böhm. Westbahn	205.— 208.—
Nieder-Österreich " 5 "		Carl-Ludwig-Bahn	195.— 197.—
Ober-Österreich " 5 "		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	483.— 487.—
Siebenbürgen " 5 "		Elisabeth-Westbahn	174.— 175.—
Steiermark " 5 "		Ferdinands-Nordbahn	1350.— 1360.—
Ungarn " 5 "		Königsbrunn-Barcar-Bahn	163.— 164.—
		Franz-Josephs-Bahn	

E. Pfandbriefe (für 100 fl.)		F. Prioritätsobligationen.	
Geld	Baare	Geld	Baare
Lemberg-Gern.-Zaffner-Bahn	170.— 172.—	Elis.-Westb. in S. verz. (l. Emiff.)	99.— 100.—
Lloyd, östr.	260.— 265.—	Ferdinands-Nordb. in Silb. verz.	87.— 88.—
Omnibus	— — —	G. Carl-Ludw. B. i. S. verz. l. Em.	89.— 90.—
Rudolfs-Bahn	141.— 142.—	Def. Hypoth. zu 5 1/2 pCt. rüdz. 1878	— — —
Siebenbürger Bahn	148.— 150.—	Ang. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt. a 100 fl. ö. W.	— — —
Staatsbahn	322.— 325.—		
Südbahn	173.25 173.50		
Süd-nordb. Verbind. Bahn	— — —		
Therz-Bahn	189.— 190.—		
Tramway	130.— 130.50		

G. Privatlohe (per Stück.)		H. Wechsel (3 Mon.)	
Geld	Baare	Geld	Baare
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	136.50	Augsburg für 100 fl. Südb.	118.—
zu 100 fl. ö. W.	135.50	Frankfurt a. M. 100 fl. detto	117.—
Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	13.—	Hamburg, für 100 Mark Banco	96.50 100.—
		London, für 10 Pfund Sterling	131.50 132.—
		Paris, für 100 Francs	51.75 52.25
I. Cours der Geldsorten		J. K. Münz-Ducaten	
Geld	Baare	Geld	Baare
Napoleonsd'or	10 " 90 " 10 " 92 "		
Bereinsd'aler	2 " " 2 " " 2 " "		
Silber	133 " " 134 " "		
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, vatnotirung: — — — — —			